

schöner leben

Göttinger Zeitung gegen den IWF/Weltbank-Gipfel in Prag

Alles drin: Neoliberale Politik von IWF/Weltbank - Schuldenkrise -
Globaler Widerstand - Prag 2000 konkret - Veranstaltung

September 2000

Das Leben ist keine Handelsware!

Ende September findet in Prag das jährliche Treffen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) statt. 20000 VertreterInnen aus der ganzen Welt werden dazu erwartet, wobei allerdings nur der kleinste Teil von ihnen dort etwas zu sagen hat. Dieser kleinste Teil sind die G-7-



WTO-Konferenz in Genf - die DemonstrantInnen begehren Einlaß

Regierungschefs, die sich, da sie ohnehin in Prag sind, auch gleich zu einem G-7-Treffen verabredet haben. Sich mal zusammensetzen und über die Probleme dieser Welt zu reden ist ja an sich nichts falsches, aber so wie das in Prag demnächst geschehen wird, kann dabei nur millionenfaches Leid herauspringen. Das Problem ist nämlich, daß IWF, Weltbank und G 7 ein neoliberales Politikkonzept verfolgen. ‚Neoliberalismus‘ ist jene Wirtschafts- und Sozialpolitik, die darauf setzt, durch Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung die Gewinne der Konzerne und die Renditen der VermögensbesitzerInnen zu steigern. Versprochen wird Wohlstand und Wirtschaftswachstum, der aber durch die neoliberale Politik vor allem den Konzernen und VermögensbesitzerInnen zukommt, die zudem nahezu ausschließlich in den Industrieländern sitzen. Wer jedoch weder Macht noch Geld hat, also der überwiegende Teil der Bevölkerung, muß mit zusätzlichen empfindlichen Einbußen beim Zugang zu diesen Ressourcen rechnen. Denn das Credo des weltweiten Neoliberalismus lautet: Was keinen Profit abwirft, wird gestrichen. Bei uns zeigt sich das etwa in Form kontinuierlichen Sozialabbaus oder in der zunehmenden Ausrichtung universitärer und schulischer Bildung an den Bedürfnissen der Wirtschaft. Es zeigt sich aber auch darin, daß immer weniger Menschen ihr Leben und ihre persönlichen Beziehungen auf andere Ziele ausrichten können und/oder wollen als den Job und das Ausstechen der KonkurrentInnen. In der Dritten Welt sind die Folgen des Neoliberalismus ungleich verheerender, denn dort geht es um die lebensnotwendige Grundversorgung, also z.B. ob genügend Nahrungsmittel zum Überleben da sind und wenigstens Lesen und Schreiben unterrichtet wird.

und die mächtigen Herrschenden der Industrieländer bekommen nun Gegenwind. Überall in der Welt haben sich Menschen aufgemacht, dem kontinuierlichen Abbau ihrer (Lebens-)Rechte etwas entgegen zu setzen. Es haben sich globale Netzwerken aus den verschiedenen lokalen und regionalen Bewegungen gebildet, wie etwa Peoples Global Action (PGA). Der Schwerpunkt der Aktivitäten der Gruppen im PGA-Netzwerk liegt aber dort, wo sich auch die Auswirkungen des neoliberalen Dogmas zeigen, also auf der lokalen Ebene. Das Netzwerk möchte die lokalen Kämpfe um Land, Bildung, Tarifverträge, Sozialunterstützung oder – wie gerade in Göttingen – um alternative Kultur lediglich an bestimmten Aktionstagen global koordinieren. So soll deutlich werden, daß die Probleme zwar im direkten Lebensumfeld anfallen und gelöst werden müssen, ihre Ursachen aber im Kapitalismus allgemein und den derzeitigen weltwirtschaftlichen Strukturen im Besonderen liegen.

Schluß damit!

PGA und viele andere Initiativen zeigen, daß mit der Ruhe jetzt Schluß ist. Ab sofort werden wir für unsere legitimen Interessen kämpfen, wozu auch gehört, daß wir nicht mehr auf Kosten der Menschen in der Dritten Welt leben wollen. Seattle war dabei nur die bekannteste Station des Protestes, es gab andere vorher und viele werden folgen. Die nächste Station ist Prag und wir laden alle ein, sich uns anzuschließen! (Näheres dazu ab Seite 6)

Mit Hilfe globaler, von den Industrienationen kontrollierter Institutionen, wie dem IWF, der Weltbank, der G 7, der OECD oder der EU werden „Zuckerbrot und Peitsche“ so eingesetzt, daß sich kein Land der neoliberalen Globalisierung entziehen kann. In der Diskussion um die Umgestaltung weltwirtschaftlicher Strukturen werden individuelle soziale Rechte und Freiräume als „unmodern“ und deren Abschaffung als „in Zeiten der Globalisierung“ unumgebar hingestellt. IWF und Weltbank sorgen durch ihre Kreditvergabepolitik zudem dafür, daß dabei auch noch die Ärmsten unter den Armen mitmachen müssen. Die genannten Institutionen bzw. die darin maßgeblichen Regierungen und Lobbys sind damit verantwortlich für Hunger und Elend in der Dritten Welt.

PGA: Lokal in lokale und globale Kämpfe eingreifen

Die Schmerzgrenze ist allerdings schon lange erreicht. Der IWF, die Weltbank



Entstehung der Schuldenkrise der Dritten Welt

oder: Was erst kommen mußte, damit IWF und Weltbank richtig Gas geben konnten

Die Geschichte öffentlicher Kreditaufnahmen- und vergaben durch Städte und Staaten reicht am Beispiel von Genua und Venedig bis in das Mittelalter zurück. Doch erst mit dem auslaufenden 19. Jahrhundert kommt in den kapitalistischen Metropolen der strategischen Verwendung von Auslandsschulden eine fundamentale politische Kontrollfunktion in der internationalen Konkurrenz der Staaten und Systeme zu.

Seit dieser Zeit gelingt es den Staaten im Zentrum der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, andere Staaten der (Semi-)Peripherie in Abhängigkeitsverhältnisse zu drängen. Mit dem Anlaufen eines meist existentiell benötigten Kredits können nämlich zeitgleich Rückzahlungsforderungen der Gläubigerländer geltend gemacht werden. Diese belaufen sich in der Regel allerdings nicht nur auf die Summe des verliehenen Geldes (das beispielsweise zur Beschleunigung der kapitalistischen Entwicklung in den Schuldnerländern eingesetzt werden soll), sondern eben auch auf ein zuvor festgelegtes Zinsmaß. Die Hoffnung der Empfängerländer beruht jeweils auf dem Zutreffen der einfachen Gleichung, daß auf Grund eines tatsächlich beschleunigten Export- und allgemeinen Wirtschaftswachstums durch neue Kapitalinvestitionen die Kredittilgung (incl. Zinsendienst) bald geleistet werden kann.

Wenn es kriselt

So alt dieses System öffentlicher Kredite ist, so alt sind auch die Schwierigkeiten, die mit der nicht geplanten Einstellung des Schuldendienstes eines Schuldnerlandes bei Zahlungsunfähigkeit einhergehen können. Die sogenannte "Schuldenkrise der Dritten Welt" wurde im August 1982 mit genau solch einer Erklärung der mexikanischen Regierung und anderer Länder der Dritten Welt offenbar, ihre sämtlichen Auslandsschulden ab sofort nicht mehr normal bedienen zu können. Der Begriff "Krise" resultiert dabei aus der Perspektive der Gläubigerländer auf diesen Vorgang, da die Bankrotterklärung der hochverschuldeten Länder des Südens u.a. eine massive Bedrohung für die Stabilität der Privatbanken und Staatshaushalte im Norden, der internationalen Finanzmärkte und damit auch direkt der Wirtschaftsentwicklung und Profitsteigerung in den kapitalistischen Zentren darstellte. Was war geschehen?

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges konnten die USA den Dollar endgültig als internationales Zahlungsmittel Nummer eins durchsetzen (Festschreibung als Leitwährung). So legten in den 60er Jahren auch Banken in Europa zunehmend



Dollar-Depots an. Als das rasante Wirtschaftswachstum der Nachkriegszeit langsam abebbte, verfügten die europäischen Banken zunehmend über einen massiven Kapitalüberschuß, da sich Produktionsinvestitionen in den kapitalistischen Zentren nicht mehr rentierten. Eine neue Anlageform für das Kapital in Dollar war dann schnell etabliert: Kredite an die Länder der Dritten Welt. Um sie attraktiv zu machen, wurden sie zunächst zu sehr niedrigen Zinsen vergeben. Das war zu diesem Zeitpunkt nur möglich, da diese Kapitalbewegungen von Banken in Europa - mit Wissen des IWF - jeglicher zwischenstaatlicher Kontrolle entgingen. Durch Kreditvergaben an Länder der Dritten Welt konnten die kapitalistischen Zentren nun abermals (und auf legalisiertem Wege) von der Wertschöpfung in der Peripherie profitieren. Denn um nichts anderes handelt es sich, wenn die Gläubigerländer im Norden Zinsen einstreichen, die zuvor über (Steuer-

) Abgaben aus den Arbeitsprozessen in den Schuldnerländern abgeschöpft werden.

Ölkrise: Geldflut im Norden

Anfang der 70er Jahre kam es dann zu einer regelrechten Kreditflut, als der Zuwachs an vergebenen Krediten jährlich bei über 200% lag und ausreichende Risikoprüfungen durch die Gläubigerländer so gut wie nicht realisiert wurden. Während sich die Auslandsschulden der Dritten Welt 1961 noch auf ca. 20 Milliarden Dollar beliefen, waren es 1971 schon ca. 70 und 1980 schließlich ca. 560 Milliarden Dollar. Der massive Anstieg der Ölpreise im Jahr 1973 hat dann auf die Aggressivität bei der Kreditvergabe auf Seiten der Länder des Nordens sowie auf die Notwendigkeit der Kreditaufnahme auf Seiten der Länder des Südens zusätzlich als Beschleuniger fungiert. Durch das von ihnen in den Erdöl fördernden Ländern investierte Kapital profitierten die Industriestaaten direkt von den Ölpreisteigerungen. Gemeinsam mit der Tatsache, daß die Erdöl fördernden Länder ihre Überschüsse ihrerseits in den Industrieländern anlegten, erhöhten sich dadurch die ohnehin vorhandenen Kapitalüberschüsse der Banken weiter. Während also der Norden darauf aus war, das aus den Ölpreisteigerungen resultierende überschüssige Geld in Krediten anzulegen, wurden diese von den Ländern des Südens aufgrund der drastisch gestiegenen Ölrechnungen verstärkt nachgefragt.

Mit der weltweiten Wirtschaftsrezession 1974/75 bekam die Kreditvergabe allerdings noch eine weitere Funktion, nämlich das Wirtschaftswachstum in den kapitalistischen Zentren wieder anzukurbeln: Die Vergabe bilateraler Kredite von Ländern des Nordens an die Länder des Südens wurde dazu zum einen an Handelsabkommen geknüpft, in denen sich die Schuldner verpflichteten, von den erhaltenen Geldern u.a. Industrie- und Rüstungsgüter aus dem jeweiligen Gläubigerland anzuschaffen. Zum anderen erhielten die Schuldnerländer Auflagen, die sie in die Lage bringen sollten, zunehmend ihre Rohstoffe und industrielle Basisgüter auf den freien Markt zu bringen. Bald standen die Länder des Südens mit ihren Exportbemühungen im direkten Konkurrenzkampf zueinander, was auf den erwünschten Verfall der Rohstoffpreise und

somit zu sinkenden Importkosten für die Länder des Nordens hinauslief. Aufgrund der somit ausbleibenden - aber ursprünglich ja geplanten - Mehreinnahmen durch eine quantitative Steigerung des Exports, wurde es für die Länder des Südens unmöglich, ihre Schulden jemals bezahlen zu können.

Ökonomische Kapitulation der Schuldnerländer

1979 wurden die Zinssätze der amerikanischen und englischen Notenbank radikal angezogen, um die massive Inflation der 70er Jahre zu durchbrechen und das durch gesteigerte Rüstungsausgaben entstandene Haushaltsdefizit der USA zu begleichen. Zu diesem Zeitpunkt waren die Länder des Südens aber schon von den (zuvor billigen) Krediten des Nordens abhängig, da diese teils vollständig zum Schuldendienst eingesetzt werden mußten. Als Konsequenz aus den massiv steigenden Zinsbelastungen (Verdreifachung der zurückzuerstattenden

Kostenbelastungen) und den schließlich sogar sinkenden Exporterlösen für die Schuldnerländer (Verschlechterung der Terms of Trade) resultierte schließlich 1982 die ökonomische Kapitulation der Dritten Welt. Die Gesamtschulden der Länder der Dritten Welt belaufen sich heute auf weit über 2000 Milliarden Dollar. Während die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe an den Süden jährlich zur Zeit etwa 40-50 Milliarden Dollar netto beträgt, summiert sich die Schuldenabzahlung auf ca. 250 Milliarden Dollar im Jahr.



Zum Weiterlesen

- Göttinger Nachrichten 176, Jan. 1999: Neoliberalismus und Globalisierung
- Monthly Review 3, Juli/August 2000: After Seattle: A New Internationalism?
- Prokla 118, März 2000: Re-Regulierung der Weltwirtschaft
- Toussaint, Eric: Profit oder Leben. Neoliberale Offensive und internationale Schuldenkrise, Köln 1999
- Widerspruch 38, Dez 1999/Jan 2000: Globalisierung und Widerstand

Webseiten

- INPEG (Widerstandsbündnis in Tschechien): <http://inpeg.ecn.cz>
- Weltweiter Aktionstag am 26.09.: <http://x21org/s26>
- Peoples' Global Action: <http://www.agp.org/>
- Deutschsprachige Mobilisierungsseite: <http://go.to/prag-2000>

In Kürze:

Internationaler Währungsfonds und Weltbank

Im Juni 1944 trafen sich 700 Delegierte aus 44 Ländern bei einer Konferenz der Vereinten Nationen in Bretton Woods / USA, um eine neue internationale Wirtschaftsordnung für die Nachkriegszeit auszuhandeln und festzuschreiben. Die USA hatten dabei besonderes Interesse an einem System, welches die finanzielle Stabilität in der Nachkriegszeit gewährleistet und ihnen u.a. den Zugang zu den Rohstoffen der Länder des Südens offenlegt.

Um für die Zukunft eine "dynamische Weltwirtschaft" und einen "freien, ungehinderten Welthandel" sicherstellen zu können, wurden unterstützend die Finanzinstitutionen Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank gegründet (sog. Schwesterinstitutionen von Bretton Woods). Der IWF war zunächst zur Lösung kurzfristiger Zahlungsschwierigkeiten der Mitgliedsländer und zur allgemeinen Stabilisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen vor dem Hintergrund fester Wechselkurse vorgesehen, die Weltbank wurde mit der Überwindung längerfristiger Strukturprobleme für eine ungehinderte kapitalistische Entwicklung beauftragt. Seit Anfang der 80er Jahre überlappen sich allerdings die Aufgabenbereiche und auch das strategische Vorgehen von IWF und Weltbank zunehmend, da der IWF auf Grund schlechter Erfahrungen seine finanziellen Sanierungsprogramme eher ebenfalls langfristig ausricht-

tet, während die Weltbank (in Koordination mit dem IWF) nun auch mit Strukturpassungsprogrammen arbeitet.

Oberstes Entscheidungsorgan von IWF und Weltbank ist formal-juristisch jeweils ein Gouverneursrat, der sich aus VertreterInnen der Mitgliedsländer paritätisch zusammensetzt. Tatsächlich werden aber fast alle Entscheidungen an ein Exekutivdirektorium übertragen, welches zwar ebenfalls Mehrheitsentscheidungen



fällt, dessen Zusammensetzung sich aber an der Höhe der Kapitalanteile orientiert, die ein Mitgliedsland für die Finanzpolitik der jeweiligen Institution aufbringt. Auf diese Weise kontrollieren die zehn reichsten Industrieländer faktisch die Politik der Weltbank und damit die bedeutendste multilate-

rale Kreditquelle, während die Länder Afrikas gerade einmal einen Stimmenanteil von ca. 4% halten. Präsident der Weltbank war bisher immer ein US-Amerikaner, während der Chefessell des IWF immer von einem Europäer besetzt wurde.

Neben dieser eher beschreibenden Perspektive auf die Entstehung und die Organisationsstruktur von IWF und Weltbank ist es für eine umfassende Analyse der Ziele und Zwecke dieser Institutionen darüber hinaus notwendig, ihre Funktionen in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu bestimmen: Um eine ungehinderte Kapitalakkumulation auch ohne den direkten Einsatz von Gewalt zu gewährleisten, werden nämlich Bedingungen und Institutionen geschaffen, die den Menschen eine „freiwillige“ Teilnahme an diesem Prozeß *zwingend* nahelegen. Welche Rolle vor diesem Hintergrund dem IWF und der Weltbank zukommt, muß an anderer Stelle näher bestimmt werden. Hier sei nur kurz auf einen Aspekt verwiesen: Bis

heute werden fast alle Einzelentscheidungen bei IWF und Weltbank einstimmig getroffen, d.h. die DirektorInnen der betroffenen Länder des Südens stimmen offiziell „freiwillig“ den von ihnen „selbständig“ formulierten Strukturpassungen in ihren Ländern zu.

Kredite für die Armen = Profite für die Reichen?

Zur Strukturanpassungspolitik von IWF und Weltbank

Strukturanpassung – ein harmloser trockener Bürokrateterminus? Nur auf den ersten Blick. Hinter der so schlichten Bezeichnung versteckt sich *der* Garant dafür, daß gegen 4 Milliarden Menschen in 100 Staaten der sogenannten Dritten Welt eine Politik durchgesetzt wird, die die Armen immer ärmer werden läßt und dabei noch vorgibt, Gutes zu tun.

Seit den 80er Jahren bilden die Beziehungen zu den armen Ländern des Südens und das Management der Schuldenkrise einen zentralen Bestandteil der IWF-Tätigkeiten. Der IWF vergibt Kredite an Länder, die bei Privatbanken oder Gläubigerstaaten aufgrund ihres hohen Schuldenstandes keine Darlehen mehr erhalten. Doch was auf den ersten Blick den Anstrich einer entwicklungspolitischen und humanitären Hilfestellung hat, dient über Umwegen ausschließlich dem Portemonnaie der Kreditgeberländer.

Die Vergabe der Darlehen ist zwangsweise an ein von IWF und Weltbank vorgegebenes Programm der wirtschaftlichen Strukturreformen geknüpft. Geld bekommt also nur, wer die wirtschaftspolitische Souveränität bedingungslos aus der Hand gibt. Die Akzeptanz der IWF-Vorschriften bedeutet zudem in der Regel auch grünes Licht für zuvor verwehrte Kredite der im Londoner Club zusammengeschlossenen Privatban-

ken und der im Pariser Club vereinten Gläubigerstaaten. ‚Souveränität oder Geld‘ ist damit die Frage, die sich für nahezu alle hochverschuldeten Länder von selbst beantwortet.

Das sogenannte Strukturanpassungsprogramm soll laut den Institutionen von Bretton Woods (IWF und Weltbank) die Zahlungs- und Konkurrenzfähigkeit der Länder des Südens auf dem Weltmarkt und damit die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort verbessern. Schon diese Verknüpfung ist mehr als fragwürdig, da ein zunehmendes Wirtschaftswachstum ohne eine gezielte Umverteilungspolitik von oben nach unten noch nie zu einem Abbau von Armut geführt hat. Tatsächlich aber kommt es noch nicht einmal zu diesen Wachstumsraten, da die verschuldeten Staaten einem Ökonomiemodell unterworfen werden, von dessen Ausdehnung gegenwärtig nur die hochindustrialisierten Länder in barer Münze profi-

tieren. Von einer in relevantem Ausmaß wachsenden Konkurrenzfähigkeit der Ökonomien der sogenannten Dritten Welt kann keine Rede sein. Die Zahlungsfähigkeit hingegen nimmt kurzfristig tatsächlich zu, da durch die verordneten Maßnahmen Mittel aus dem Staatsetat freigepreßt werden. IWF und Weltbank ist damit das Paradox gelungen, durch die Vergabe von kurzfristigen Darlehen zu Schuldeneintreiberinnen großen Stils zu werden.

Stationen einer neoliberalen Radikalkur

Was genau verbirgt sich nun konkret hinter der verordneten Strukturanpassung? Das Strukturanpassungsprogramm ist universal konzipiert, so daß seine Elemente in allen betroffenen Ländern zur Anwendung kommen. In der ersten Phase der sogenannten kurzfristigen wirtschaftlichen Stabilisierung verpflichten die Institutionen von Bretton Woods die betroffenen Länder zur drastischen Einschränkung von Staatsausgaben: Folge sind die Entlassung von Angestellten des öffentlichen Sektors, Einschnitte bei Sozialprogrammen, die Reduzierung von Ausgaben im Bereich sozialer und wirtschaftlicher Infrastruktur und die Einführung von hohen Gebühren für Basisdienstleistungen im Bereich von Gesundheit und Erziehung. Durch die Einschränkung öffentlicher Ausgaben sollen Haushaltsdefizite radikal abgebaut und Einkommen des Staates zur Schuldentilgung frei werden. Der verfügte Abbau von staatlichen Subventionen vor allem im Agrarbereich führt dazu, daß subventionierte landwirtschaftliche Produkte aus Europa auf den lokalen Markt strömen und die lokalen ProduzentInnen in den Bankrott treiben.

Die zweite Phase der Strukturreformen bringt die Handelsliberalisierung durch die Aufhebung aller den Binnenmarkt schützenden Zölle sowie die Privatisierung von Staatsbetrieben und Grund und Boden mit sich. Letzteres fördert die Konzentration von Boden und Besitztiteln in den Händen von einigen wenigen Superreichen, die zudem oft aus den Industrieländern kommen. Verordnet wird weiterhin die Streichung von Steuersätzen mit einer hohen Umverteilungswirkung, da diese – so der IWF – den Wettbewerb verzerren würden. Für den Arbeitsmarkt wird Flexibilisierung und Deregulierung verordnet: Abschaffung von Mindestlöhnen, Reduzierung – wenn nicht Abschaffung – von Arbeitslosenunterstützung sowie die Eliminierung elementarer Arbeitsrechte, wie sicherheits- und gesundheitspolitische Arbeitsschutzvorschriften oder Kündigungsschutz sind die Konsequenz.



Proteste von Peoples' Global Action in Hyderabad/Indien

Rein in die Strukturanpassung – raus aus der Armut?

Die in den hochindustrialisierten Staaten vollzogene Wende hin zum Neoliberalismus wird damit via IWF und Weltbank in deutlich radikalierter Form an die abhängigen Schuldnerstaaten weitergegeben. Die Lebensbedingungen der Menschen verschlechtern sich infolgedessen drastisch, da Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung gerade nicht ihrem Wohl dienen. Liberalisierung schafft den uneingeschränkten Zugriff der Industriestaaten auf Ressourcen und Gewinnchancen in den Trikontländern. Privatisierung bringt die produktive Bündelung von Gewinn und Eigentum in den Händen von wenigen. Deregulierung forciert die Profitmaximierung durch Senkung von Sozialstandards.

Was abstrakt klingt, läßt sich konkret an der Veränderung sozialer Verhältnisse in den betroffenen Ländern ablesen. Beispiel Gesundheitswesen: Folge der drastischen

Einschnitte im Gesundheitsetat (nach Einschätzung der Weltbank sollen ganze 8 Dollar pro Person pro Jahr für die Grundversorgung ausreichen) und der daraus resultierenden Privatisierung der Kosten ist eine in allen betroffenen Ländern sprunghaft angestiegene Kindersterblichkeit und die Wiederkehr bereits ausgerotteter Infektionskrankheiten. Im Bildungsbereich sieht es ähnlich aus: Die Anzahl der SchülerInnen, für die ein Lehrer oder eine Lehrerin zuständig ist, wird im Zuge der Strukturanpassung verdoppelt. Die durch die Entlassungen von tausenden von LehrerInnen realisierten Ersparnisse werden den offiziellen KreditgeberInnen zugeleitet. In Sambia betrogen nach der Durchführung von Strukturanpassungsmaßnahmen die Ausgaben der Regierung für das Primarschulwesen nur ein Sechstel dessen von vor zehn Jahren. 80% der Kosten für das Schulwesen wird seitdem von den Familien getragen. In 12 von 28 afrikanischen Staaten lag die Einschulungsrate nach Beendigung des Programms unter der

vor Beginn der Maßnahme. Arbeitslosigkeit und wachsende Armut sind empirisch nachweisbare Begleiterscheinungen des Strukturanpassungsprogramms. Im Senegal stieg die Arbeitslosigkeit zwischen 1991 und 1996 von 25% auf 44%, nachdem das Land 1986 und 1995 zwei Strukturanpassungsprogramme unterzeichnet hatte. In Tansania hatten die Menschen in absoluter Armut 1991 niedrigere Einkommen als 1983 vor Durchführung der Strukturanpassung. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen....

Während sich also die Lebensbedingungen der Menschen in Folge des Strukturanpassungsprogramms drastisch verschlechtern, werden neoliberale Umstrukturierungen, die dem Ökonomiemodell des Nordens zum rentablen Siegeszug verhelfen erfolgreich als entwicklungspolitisches Programm verkauft.

Erfolgreich? Aus unterschiedlichen Richtungen scheint geballter Unwillen gegen Politik von IWF und Weltbank am Horizont aufzuziehen.

Strukturanpassung heißt jetzt Armutsbekämpfung

Kehrtwende bei IWF und Weltbank?

Infolge einer großangelegten, von IWF und Weltbank in Auftrag gegebenen Überprüfung der eigenen Politik, die die verheerenden Mißerfolge der Strukturanpassungsprogramme sowohl in bezug auf das angestrebte Wachstumsziel als auch hinsichtlich Sozialdaten und wachsendem Schuldenstand offenlegte, wächst seit wenigen Jahren die Kritik an den Institutionen von Bretton Woods. Umstrittene Maßnahmen im Zuge der Finanzkrise in Asien 1997 brachten dann das Faß zum Überlaufen. Kritik an IWF- und Weltbankpolitik ist zwar nichts Neues - neu jedoch sind die KritikerInnen: WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen aus den Industrienationen, die grundsätzlich den neoliberalen Ansatz von Währungsfonds und Weltbank teilen.

Die Konsequenz ist, daß IWF und Weltbank neben ihrer traditionellen Konzentration auf das Ziel der Wachstumsförderung

neuerdings die Armutsbekämpfung als Aufgabenbereich entdecken. Die auf der Jahrestagung 1999 präsentierte neue Strategie scheint auf den ersten Blick der wahr gewordene Traum aller Nichtregierungsorganisationen (NGO) zu sein. Entwicklungsziele und -wege sollen von nun an in Zusammenarbeit mit den nationalen Regierungen und Zivilgesellschaften unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten festgelegt werden - eine alte Forderung der Entwicklungs-NGO. Zum ersten Mal beziehen sich die Institutionen von Bretton Woods positiv auf das auf UN-Konferenzen vereinbarte Entwicklungsziel, die weltweite Armut bis 2015 zu halbieren. Zudem sollen IWF und Weltbank die auf der G7-Konferenz 1999 beschlossenen Schuldenerleichterungen für 41 hochverschuldete Länder umsetzen. Eine Kehrtwendung also, die die aktuelle Kritik gegenstandslos werden läßt?



Schuldenerlaß – Anspruch und Wirklichkeit

Dafür zunächst ein kurzer Blick auf den vielgepriesenen sogenannten Schuldenerlaß: Im Juni 1999 wurden den Staatschefs der G7 ca. 17 Millionen Unterschriften für eine Streichung der Schulden der hochverschuldeten armen Länder (Highly Indebted Poor Countries, HIPC) übergeben. Die G7 gaben gleichsam sofort die Zusage, sich umfassend der Schuldenkrise der „Dritten Welt“ anzunehmen. Die von ihnen vorgestellte Lösung sollte 70 Milliarden Dollar kosten und zu einer Streichung von 90% der Schulden der HIPC führen. So groß dieses Vorhaben auch klingt: 70 Milliarden Dollar sind gerade einmal ca. 3% der Gesamtschulden der Länder der sogenannten Dritten Welt. Allein die Schulden der 41 HIPC

beliefen sich 1998 laut Weltbank auf insgesamt 205,7 Milliarden Dollar. War das

der erklärte und hochgepriesene Schuldenerlaß, den sich internationale NGO erhofft hatten – und auch feierten? Nicht ganz, denn laut Schätzungen des Komitees für die Streichung der Schulden der Dritten Welt (CADTM) sind weitere Relativierungen anzubringen: So wird sich die reale Höhe der Streichungen letztlich nicht auf 70, sondern lediglich auf 25 Milliarden Dollar belaufen, da der sogenannte Schuldenerlaß nach IWF- und Weltbankmanier nach wie vor für jedes einzelne Land an Vorbedingungen (Umsetzung von Strukturanpassungsprogrammen) geknüpft ist. Allein sieben der HICP-Länder werden aller Voraussicht nach diese Vorbedingungen nicht erfüllen können und bekommen daher ohnehin keine Vergünstigungen bei ihrem Schuldendienst. Und tatsächlich handelt es sich auch eher um „Vergünstigungen“ als um einen „Erlaß“, denn die Charta von IWF und Weltbank schreibt je-

weils fest, daß auf Rückzahlungsforderungen generell nicht verzichtet werden darf. Trotz der aktuellen Initiative bleiben die HICP-Länder verpflichtet, ihre Restschulden später vollständig zu begleichen. Schließlich werden vornehmlich auch nur diejenigen bilateralen Schulden umgeschuldet, die bereits vor den 80er Jahren aufgenommen wurden.

Geschickt plazierte Seifenblase

Was zunächst gut klingt, ist also auf den zweiten Blick wenig mehr als eine geschickt plazierte Seifenblase. Dasselbe gilt für die neue Politik der Armutsbekämpfung, die die betroffenen Regierungen und Zivilgesellschaften in den Entscheidungs- und Umsetzungsprozeß integrieren soll: Eine tatsächliche Abkehr von der alten armutsproduzierenden Strukturanpassung findet nicht statt, da die traditionellen Kern-

elemente der neo-liberalen Strukturanpassungspolitik – Ausgabenkürzungen, Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung – beibehalten werden. Der Gestaltungsspielraum von Regierungen und Zivilgesellschaften beschränkt sich auf den durch IWF und Weltbank abgesteckten neo-liberalen Rahmen, denn ohne Befolgung der Bedingungen wird es auch in Zukunft keine Darlehen geschweige denn Schuldenerleichterungen geben. Auch der vielgepriesene vermeintliche Schuldenerlaß dient damit letztlich dem Ziel, über Strukturanpassungsprogramme in den Schuldnerländern eine neoliberale Politik durchzusetzen, die „Marktkräfte“ des globalen Kapitalismus weiter zu entfesseln und die Interessen der Menschen immer mehr dem Verwertungsdruck des Kapitalismus zu unterwerfen.

Die Globalisierung erfordert globalen Widerstand!

Peoples' Global Action

Peoples' Global Action (PGA) ist spätestens seit dem legendären Widerstand gegen das WTO-Treffen in Seattle weltweit ein Synonym für den Widerstand gegen den Neoliberalismus. Seinen Ursprung hat PGA in verschiedenen Basisbewegungen in aller

Welt. So rief 1996, im dritten Jahr ihres Aufstands, die zapatistische Befreiungsbewegung EZLN zu einem ersten „intergalaktischen Treffen gegen Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft“ auf. Ziel des Treffens sollte es sein, neue Perspektiven der

internationalen Solidarität zu eröffnen. Die ZapatistInnen und andere Befreiungsbewegungen und Basisbewegungen des Trikonts verlangen keine direkte Unterstützung, sondern wollen vielmehr eine weltweite Diskussion über die Folgen des Neoliberalismus für die Lebensbedingungen der Menschen und eine Vernetzung der verschiedenen Kämpfe auslösen. Die Menschen, die die unterschiedlichen lokalen und regionalen Auswirkungen des globalen Neoliberalismus zu spüren bekommen, sollen ermutigt werden, sich ausgehend von ihrer jeweiligen Situation zu wehren und basisdemokratische Alternativen aufzubauen. Die internationale Solidarität soll darin bestehen, die verschiedenen Kämpfe untereinander zu vermitteln, eine gemeinsame inhaltliche Basis zu suchen und den Protest weltweit zu koordinieren. Dadurch sollen alle lokalen Kämpfe ernst genommen und ihre politischen Ziele gleichzeitig durch die weltweite Vernetzung gestärkt und weiter entwickelt werden.

Im Februar 1998 wurde in Genf von VertreterInnen von Basisbewegungen aus allen Kontinenten die Plattform „Peoples' Global Action / Weltweite Aktion gegen den „Frei“-Handel und die Welthandelsorganisation“ - kurz PGA - gegründet, um eine weltweite Koordination des Widerstandes



**Gescheiterte Konferenz in Seattle:
Nur 200 von 3000 Delegierten kamen durch**



GewerkschafterInnen in Seattle

gegen den globalen Markt zu bilden: eine neue Allianz des gemeinsamen Kampfes und der gegenseitigen Unterstützung. Folgende gemeinsame Grundsätze wurden verabschiedet:

- Strikte Ablehnung der WTO und anderer Liberalisierungs-Abkommen (wie APEC, EU, NAFTA usw.) als aktive Agenten einer sozial und ökologisch zerstörerischen Globalisierung;
- Ablehnung aller Herrschafts- und Diskriminierungssysteme wie Patriarchat, Rassismus oder religiösen Fundamentalismus jeder Art sowie Anerkennung der vollständigen Würde aller Menschen;
- Verfolgung einer konfrontativen Haltung, basierend auf dem Bewußtsein, daß Lobbyarbeit in so undemokratischen Organisationen (wie z.B. IWF und Weltbank), die maßgeblich vom transnationalen Kapital beeinflußt sind, keinen nennenswerten Einfluß haben kann;
- Orientierung an dem Ziel, gewaltlosen zivilen Ungehorsam zu leisten und lokale Alternativen als Antwort auf die Aktivitäten von Regierungen und Konzernen aufzubauen;
- Orientierung an einer dezentralen und autonomen Organisationsphilosophie.

Mit diesen Grundsätzen wird in erster Linie eine Abgrenzung vom Lobbyismus der NGO verfolgt. Außerdem soll damit verhindert werden, daß - wie anfangs z.B. in Belgien und Australien geschehen - faschistische Gruppen die Basisbewegungen unterstützen.

Daß die erste PGA-Konferenz in Genf stattfand war kein Zufall, denn Ziel war es, Aktionen gegen das im Mai 1998 in Genf stattfindende 2. Ministertreffen der Welthandelsorganisation (WTO) und dem gleichzeitig dort stattfindenden 50. Geburtstag des multilateralen Handelsabkommens

(GATT) zu planen. Die erste Aktion wurde gleich zum Erfolg für die PGA. Während allein in Genf mehr als 8000 Menschen gegen die WTO und GATT auf die Straße gingen, fanden in Dutzenden von Ländern aller Kontinente Aktionstage gegen die WTO

statt. Seither kam es dank enger Vernetzung zu vielen Aktionen weltweit, wobei London, Seattle und Davos die medienräftigen Höhepunkte darstellten. Während PGA in Deutschland trotzdem nach wie vor relativ unbekannt ist, gehen in Ländern wie Indien, Kanada oder Brasilien an den regelmäßig stattfindenden 'Global Action Days' Hunderttausende auf die Straße.

Vernetzung via Internet

Die PGA ist keine Organisation im herkömmlichen Sinne, sondern eine Vernetzung die hauptsächlich via Internet läuft. Diese Vernetzungsstrategie birgt zwar die Gefahr des Ausschlusses bestimmter Gruppen in sich, da wir weit davon entfernt sind, daß alle Menschen Zugang zum Internet haben. Jedoch hat sich gezeigt, daß diese Form der Vernetzung die Basisbewegungen in den Ländern des Südens weitaus besser einbezieht, als es eine zentralistische Organisation jemals leisten könnte. Zudem finden mindestens alle zwei Jahre PGA-Konferenzen auf unterschiedlichen Kontinenten statt, die von einem Komitee aus jeweils wechselnden Organisationen und Bewegungen aus der ganzen Welt vorbereitet werden.

Turn Prag into Seattle

Daß diese Form des Widerstands wirkungsvoll ist, hat nicht zuletzt die äußerst symbol- und medienräftige Verhinderung der Eröffnungsveranstaltung des WTO-Treffens in Seattle gezeigt. Wie groß die Befürchtungen der Herrschenden sind, lassen die flehenden Worte des englischen Premiers Blair vermuten, die er in Davos angesichts der dortigen Großdemonstration an die anwesende ökonomische und politische Elite richtete: "Bloß kein zweites Seattle".



Prag 2000 konkret

Abfahrt in Göttingen: Sa, 23.09. nachmittags mit Zug und 35 DM-Ticket

Aufenthalt in Prag: So 24.09. bis Di 27.09. (Global Action Day ist am 26.09.)

Rückfahrt: Mi, 27.09. mittags, Ankunft am späten Abend in Göttingen

Preis für Fahrt und drei Übernachtungen voraussichtlich knapp 200 DM.

Sofort anmelden, wenn Ihr mitfahren wollt, da es nur begrenzte Übernachtungsplätze gibt!

Wichtig: Infoversammlung am Mittwoch, 20.09. um 18.00 Uhr im Kabale.



Anmeldung und Kontakt:

Über die Göttinger Mailingliste:
Eintragen: Leere Mail an prag2000-goe-subscribe@egroups.de
Mailadresse: prag2000-goe@egroups.de
Archiv: <http://www.egroups.de/group/prag2000-goe>

An: Prag-Gruppe 2000, c/o Roter Buchladen, Nikolaikirchhof 7

Infos zu weiteren Fahrtmöglichkeiten und bundesweite Mailingliste siehe: <http://go.to/prag-2000>

Sieben gute Gründe für Widerstand gegen IWF und Weltbank

- Die **Stimmenanteile in IWF und Weltbank** werden nicht nach Ländern oder Bevölkerungszahlen bestimmt. Im Kontrollgremium von IWF haben die 10 reichsten Länder der Welt einen Stimmanteil von 52%, während die afrikanischen Länder gerade mal 4% der Stimmen auf sich vereinen.
- Kredite und Darlehen werden nur in Abhängigkeit von der Teilnahme am **Strukturanpassungsprogramm** (SAP) vergeben. Die SAP haben das Ziel, die lokalen Märkte der betroffenen Länder für den Weltmarkt zu öffnen – mit verheerenden Folgen für Menschen und Umwelt. Gewerkschaften werden rechtlich beschränkt oder aufgelöst, Löhne werden gedrückt und Arbeitsbedingungen verschlechtert.
- Die Kreditvergabe ist im Zuge der Strukturanpassungsprogramme mit **Kürzungen der öffentlichen Ausgaben** verbunden. Dies betrifft in höchstem Maße die Bereiche Soziales, Gesundheit und Bildung. Subventionen und Preiskontrollen für Grundstoffe aller Art, wie Benzin und Lebensmittel, werden verboten.
- IWF und Weltbank koppeln die Vergabe von Krediten an die Bedingung der **Privatisierung** von Banken, staatlichen Schlüsselindustrien, Bahn und Straßen, Strom, Schulen, Krankenhäusern und sogar Wasser. Privatisierung dient dabei nicht dem Wohle der Menschen, sondern der Bündelung von Gewinn und Eigentum in den Händen von einigen Wenigen.
- Nur 20% der von der Weltbank vergebenen Kredite sind an Umweltauflagen gekoppelt. Die vorzugsweise geförderten Großprojekte begünstigen den Anbau von Monokulturen, **gentechnisch manipulierten Pflanzen**, die **Zucht von hormonbehandelten Tieren**, die Abholzung großflächiger Gebiete und den Bau von gigantischen Staudämmen.
- IWF und Weltbank fördern ausschließlich Großprojekte und Aus-

Aktionswoche in Prag

- 10.-21.09.: Hannover-Prag: Fahrradkarawane
- 22.-24.09.: Gegengipfel in Prag thematischen Workshops und Referaten zum Thema globaler Kapitalismus
- 25.-26.09.: Public Forum der Nichtregierungsorganisationen (NGO's), Themen: Schulden, Umwelt, Osteuropa und Zukunft von IWF und Weltbank / Video-festival der NGO's mit Filmen über die Konsequenzen der Politik von IWF und Weltbank
- 26.-28.09.: voraussichtlich offizieller IWF/WB-Gipfel
- 23.09.: Demo der kommunistischen und sozialistischen Organisationen sowie der Gewerkschaftsvereinigungen von Böhmen, Mähren und Schlesien
- 24.09.: Abschlußdemo des Gegengipfels
- 24.09.: Demo von Jubilee 2000 / Erlaßjahrkampagne
- 24.09.: Rosen nach Lidice, Neupflanzung von Rosenstöcken am verfallenen Mahnmahl in Lidice zur Erinnerung an die Morde durch die Nazis im Jahre 1943
- 26.09.: In Prag und anderswo: Globaler Aktionstag gegen IWF, Weltbank und den globalen Kapitalismus

landsinvestitionen von transnationalen Konzernen, die häufig **Massenvertreibungen** der ortsansässigen Bevölkerung zur Folge haben. Die Menschen, die z.B. durch Staudamm- oder Autobahnbauten ihren Lebensraum verlieren, erhalten kaum finanzielle Entschädigung und müssen sich zwischen Verelendung in unfruchtbaren Gegenden oder den Ghettos der großen Metropolen entscheiden.

- Über IWF und Weltbank gelingt es den G7-Staaten, ihre allein an der Verwertbarkeit der Menschen ausgerichtete **neoliberale Politik** in weiteren 100 Staaten der Welt zu verankern.

Veranstaltung I:

Fatal Global: IWF und Weltbank 2000

Konkrete Informationen zur Politik von IWF und Weltbank: Welche Rolle kommt den beiden Institutionen im globalen Kapitalismus zu? Wer protestiert in Prag wogegen? Was hat das Ganze mit den Aktionen gegen die WTO in Seattle zu tun? Wie steht's um die Protestbewegung, die weltweit gegen den Neoliberalismus mobilisiert?

Vortrag und Diskussion mit

Jutta Sundermann (SHARE - Aktion für gerechte Ökonomie)

Montag, 18.09. um 20 Uhr im DGB-Haus (Obere Maschstr.10)

Veranstaltung II:

Videofilm über den Widerstand in Seattle und letzte Informationen vor Prag

Mittwoch, 20.09. um 18 Uhr im Café Kollektiv Kabale (Geismar Landstr. 19)

Herausgeberin:

Prag-Gruppe 2000

Unterstützt von:

Basisgruppe Sowi, DGB Göttingen-Northeim, Fachgruppensprecherin Sowi, Grüne Hochschulgruppe, Heidi Lippmann (PDS-MdB), OLLAfA